

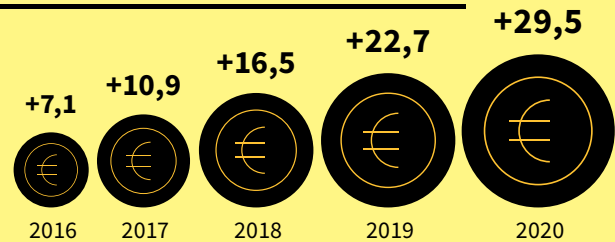
Plötzlich 1,2 Millionen mehr

Flüchtlinge. Wenn innerhalb kurzer Zeit 1,2 Millionen Menschen in ein Land kommen, hat das wirtschaftliche Folgen: So steigt durch die Flüchtlinge, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, das Bruttoinlandsprodukt – aber auch die Arbeitslosenquote. Warum bislang erst relativ wenige Flüchtlinge einen Job gefunden haben, erläutert Christina Mersch vom „NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-4](#)

Flüchtlinge: Der Wachstumseffekt

Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Milliarden Euro in Deutschland aufgrund der zugewanderten Flüchtlinge gegenüber einer Entwicklung ohne Flüchtlinge



Simulation mithilfe des Oxford Economics Global Economic Model

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Schwere Last

Lohnstückkosten. Deutschland muss sich immer wieder den Vorwurf anhören, den globalen Wettbewerb durch billige Exporte zu verzerren. Tatsächlich aber hatte das deutsche Verarbeitende Gewerbe im internationalen Vergleich 2015 die siebthöchsten Lohnstückkosten. Zudem sind diese Kosten seit 2007 hierzulande stärker gestiegen als im Ausland. Die deutsche Wettbewerbsposition ist also keineswegs so stark wie behauptet.

—> [Seite 5](#)

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2015, Deutschland = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Keine Blase in Sicht

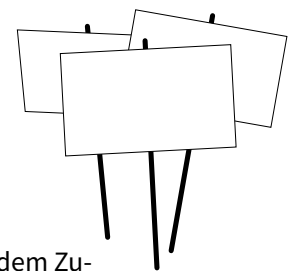
Immobilien. Anders als in den USA und in Spanien ist in Deutschland von einer Immobilienblase nichts zu sehen. Zwar haben sich die Häuserpreise seit 2010 stark erhöht, trotzdem liegen sie derzeit lediglich auf dem gleichen Niveau wie zu Beginn der 1980er Jahre. Hinzu kommt, dass die Hypothekarkredite langsamer gestiegen sind als die Einkommen, sodass der Verschuldungsgrad der privaten Haushalte eher ab- als zunimmt.

—> [Seite 6](#)

Gemischte Bilanz

ver.di. Im März 2001 entstand aus dem Zusammenschluss von fünf Einzelgewerkschaften die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Deren Bilanz fällt nach 15 Jahren gemischt aus: Auf der einen Seite hat ver.di seit ihrer Gründung gut ein Viertel ihrer Mitglieder verloren. Auf der anderen Seite konnte die Gewerkschaft zuletzt ihre Kasse – trotz weiter schrumpfender Anhängerschaft – kräftig füllen.

—> [Seiten 10-11](#)



Wachstumsfaktor Migration

Flüchtlinge. Was passiert, wenn ein Land sprunghaft mehr Einwohner bekommt? Ob die Aufnahme von Millionen Flüchtlingen Deutschland mittelfristig teuer zu stehen kommt oder ob sie sich wirtschaftlich sogar auszahlt, hängt im Wesentlichen von einem Punkt ab: wie gut sich die Zuwanderer auf dem heimischen Arbeitsmarkt integrieren.

In den vergangenen beiden Jahren sind circa 1,2 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen; rund 90 Prozent wollen dauerhaft bleiben. Da seit Schließung der Balkanroute im Frühjahr 2016 nur noch 15.000 bis 20.000 Menschen pro Monat in Deutschland Schutz suchen, geht man aktuell von weiteren 200.000 Flüchtlingen pro Jahr aus. Hinzu kommen Verwandte, die im Rahmen des Familiennachzugs einreisen dürfen: Da statistisch betrachtet auf jeden anerkannten Flüchtling 0,8 bis 1,2 Familienangehörige nachfolgen, kommen bis zum Jahr 2020 voraussichtlich weitere 700.000 Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten in die Bundesrepublik Deutschland.

All diese Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf, ein Auskommen – und vor allem eine wirtschaftliche Perspektive. Denn jeder Flüchtling, der nicht erwerbstätig ist, kostet den Staat allein für die Unterbringung und Verpflegung ungefähr 12.000 Euro pro Jahr. Hinzu kommen die Ausgaben für Sprach- und Integrationskurse, für die schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung sowie für öffentliche Investitionen – zum Beispiel im Wohnungsbau. Auch die Kosten im

Gesundheitssystem steigen durch die Flüchtlinge.

Legt man die aktuellen Migrationzahlen zugrunde und unterstellt, dass kurzfristig 20 Prozent der Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz finden, muss der Staat erhebliche Ausgaben stemmen, wie eine Simulation des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt (Grafik):

Deutschland musste im vergangenen Jahr für jene Flüchtlinge,

die 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, knapp 18 Milliarden Euro aufwenden.

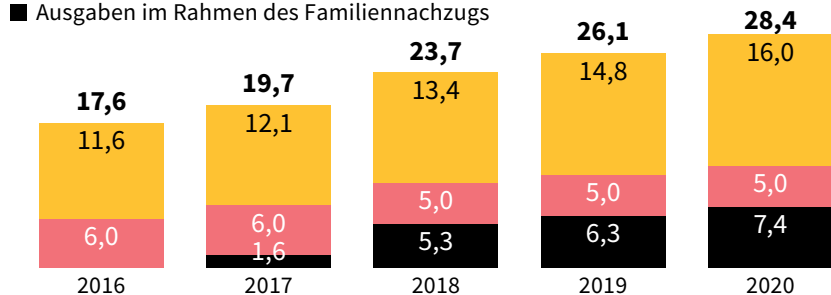
In den nächsten Jahren werden die staatlichen Ausgaben für die Flüchtlingsversorgung zudem sukzessive steigen – auch dann, wenn weitere 10 Prozent der Flüchtlinge spätestens mit einer Verzögerung von zwölf Monaten und jeweils weitere 5 Prozent alle darauffolgenden zwölf Monate einer bezahlten Arbeit nachgehen. Wenn man also

Flüchtlinge: Die Staatsausgaben steigen

So viele Milliarden Euro wendet die Bundesrepublik Deutschland für die Flüchtlingshilfe auf

Insgesamt

- Ausgaben für nicht erwerbstätige Flüchtlinge
- Sprach- und Integrationskurse, schulische und berufliche Ausbildung etc.
- Ausgaben im Rahmen des Familiennachzugs



Schätzung
 Ausgaben für nicht erwerbstätige Flüchtlinge: Kosten für die Erstunterbringung, Asylbewerberleistungen, Hartz-IV-Leistungen; Annahme laut Finanzwissenschaftlichem Forschungsinstitut der Universität zu Köln: 12.000 Euro je Flüchtling pro Jahr

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 © 2017 IW Medien / iwd

annimmt, dass in vier Jahren die Hälfte der im Jahr 2015 angekommenen erwerbsfähigen Flüchtlinge einen Job hat, sieht die Rechnung wie folgt aus:

Im Jahr 2020 dürften mehr als 28 Milliarden Euro für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge nötig sein.

Höhere Ausgaben belasten zwar den Staatshaushalt, doch gleichzeitig steigern sie das Wachstum einer Volkswirtschaft – weil beispielsweise zusätzliche Lehrer eingestellt und neue Unterkünfte gebaut werden. Auch die Flüchtlinge, die eine Arbeitsstelle finden oder sich selbstständig machen, tragen zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei.

Der Effekt der Flüchtlingsmigration auf die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland wird im Zeitablauf nach und nach zunehmen (Grafik):

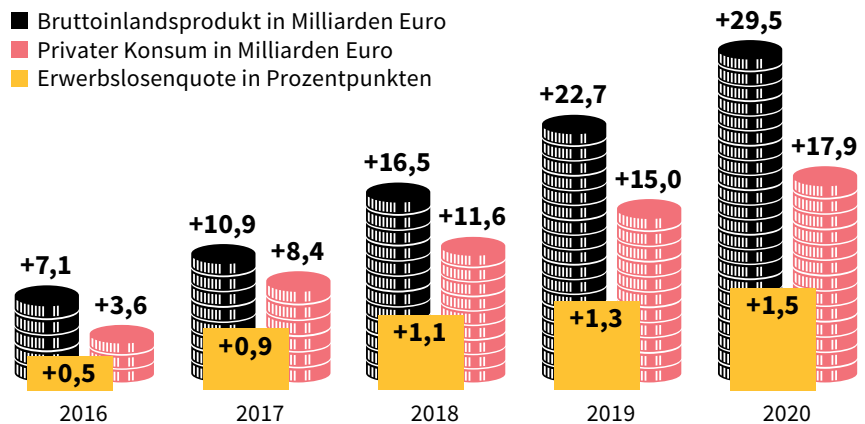
Während das BIP 2016 flüchtlingsbedingt um rund 7 Milliarden Euro gestiegen sein dürfte, könnten es 2020 annähernd 30 Milliarden Euro sein.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt würde dann um 1 Prozent höher ausfallen als ohne die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge. Unterm Strich trägt die Flüchtlingshilfe von 2016 bis 2020 insgesamt annähernd 90 Milliarden Euro zum Wirtschaftswachstum in Deutschland bei. Allein 37 Milliarden Euro fließen innerhalb dieses Zeitraums in die öffentlichen Kassen – aufgrund der höheren Mehrwertsteuereinnahmen, die durch den privaten Verbrauch der Flüchtlinge entstehen, sowie der Steuern und Sozialabgaben, die jene Flüchtlinge abführen, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen.

Während die Wirtschaft durch die Flüchtlingsmigration insgesamt wächst, sinkt jedoch die Wirtschaftsleistung je Einwohner. Das liegt zum

Flüchtlingsmigration: Mehr Wachstum, aber auch mehr Erwerbslose

Veränderung von Wirtschaftskennziffern in Deutschland aufgrund der zugewanderten Flüchtlinge gegenüber einer Entwicklung ohne Flüchtlinge



Simulation mithilfe des Oxford Economics Global Economic Model

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

einen an den mangelnden Qualifikationen der aufgenommenen Flüchtlinge – jeder vierte bis fünfte hat keine Schule oder nur eine Grundschule besucht. Zum anderen reduziert sich die Wirtschaftsleistung je Einwohner, weil die Flüchtlinge im Vergleich zur bereits in Deutschland lebenden Bevölkerung in deutlich geringerem Maße erwerbstätig sind.

Durch die Flüchtlingsmigration sinkt das reale BIP pro Kopf in Deutschland im Jahr 2016 um knapp 400 Euro; im Jahr 2020 werden es sogar fast 800 Euro weniger sein.

Dass sich dieser Effekt im Zeitablauf verstärkt, liegt unter anderem am Familiennachzug: Nachkommen der Familienangehörige – in der Regel sind dies Ehepartner und Kinder eines anerkannten Asylbewerbers – sind meist zu einem noch geringeren Anteil erwerbstätig als diejenigen Familienmitglieder, die zuerst nach Deutschland geflohen sind. Auch der Wachstumseffekt durch die zusätzlichen Staatsausgaben nimmt nach 2016 ab.

Der Arbeitsmarkt wird ebenfalls beeinflusst. Bis 2020 dürfte die Erwerbslosenquote durch die Migration um 1,5 Prozentpunkte steigen.

Laut IW-Schätzung gibt der Staat aufgrund der Flüchtlinge in den kommenden Jahren mehr Geld aus, als er durch sie einnimmt. Langfristig allerdings besteht durchaus die Chance, dass sich die deutsche Wirtschaft besser entwickeln könnte, als dies ohne die Zuwanderung der Flüchtlinge der Fall wäre. Dies ist umso wahrscheinlicher, je besser die Qualifizierung und Integration der Flüchtlinge gelingt – denn nur so werden sie eine adäquate Arbeit finden und damit zu einer dauerhaften Steigerung der Wirtschaftsleistung beitragen.

Aus IW-Trends 4/2016

Tobias Hentze, Galina Kolev: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Flüchtlingsmigration in Deutschland
iwkoeln.de/fluechtlingsmigration

„Die Integration von Flüchtlingen wird uns noch viele Jahre beschäftigen“

Flüchtlinge. Seit März 2016 existiert das „NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge“, eine Initiative des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), gefördert durch das Bundeswirtschaftsministerium. Im iwd-Interview erläutert Projektleiterin **Christina Mersch**, warum bisher nur wenige Flüchtlinge eine Arbeitsstelle in Deutschland gefunden haben.



Foto: Viktor Strasse

Ihr Netzwerk ist knapp ein Jahr alt, 1.125 Unternehmen machen bereits aktiv mit. Wie viele Flüchtlinge beschäftigen diese Betriebe?

Auf eine Umfrage im Oktober unter unseren damals knapp 1.000 Unternehmen haben 300 geantwortet: Sie haben circa 2.500 Plätze für Flüchtlinge geschaffen. Darunter sind Praktikums- und Ausbildungsplätze, Einstiegsqualifizierungen, Hilfsarbeitertätigkeiten und einige Fachkraftstellen. Auch einige wenige Führungspositionen konnten mit Flüchtlingen besetzt werden.

Das ist nicht viel.

Stimmt, aber das ist ja auch nicht so einfach. Bei uns sind überwiegend kleine und mittelständische Firmen vertreten und ein 10-Mann-Betrieb kann schwerlich 20 Stellen schaffen. Kleinere Betriebe haben zudem nicht die Kapazitäten, die ganzen Verfahren und Vorschriften, die man bei der Beschäftigung von Flüchtlingen beachten muss, zu verstehen.

Die großen Unternehmen könnten sich in puncto Flüchtlingsintegration mehr anstrengen, findet Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Zu Recht?

Auch die Großen werden keine Arbeitsplätze schaffen, die sie nicht brauchen. Was die Konzerne aber machen, ist, viele Praktikumsplätze anzubieten. Das hilft, herauszufinden, was eine einzelne Person wirklich kann und tun will. Davon profitieren die kleineren Betriebe, die zwar einen Flüchtling einstellen wollen, aber keine Kapazitäten für die Kompetenzerfassung haben.

Und was können umgekehrt die DAX-Konzerne von den Mittelständlern lernen?

Was die Flüchtlingsintegration und die Überwindung von Hindernissen angeht, ist das persönliche Engagement der Eigentümer kleinerer Betriebe und ihrer Belegschaften enorm hoch. Von diesem Enthusiasmus könnte so mancher Großkonzern etwas mitnehmen.

Viele Flüchtlinge wollen möglichst schnell viel Geld verdienen. Wie überzeugen Sie die Menschen, zuerst eine zwei- oder dreijährige Ausbildung mit entsprechend wenig Einkommen zu absolvieren?

Häufig sind es sogar fünf bis sechs Jahre, wenn man die Zeit für ein Praktikum und eine Einstiegsqualifi-

zierung berücksichtigt. Weil viele Flüchtlinge das Modell der dualen Ausbildung nicht kennen, sagen ihnen manche Unternehmen: „Du kannst bei uns den Beruf des Elektrikers oder des Maurers studieren.“ Das hilft, ebenso wie Vorbilder, also andere Flüchtlinge, die im Idealfall in der jeweiligen Muttersprache erklären können, warum sie eine Ausbildung angefangen haben.

Wie lange wird es dauern, bis die Flüchtlinge, die 2015 und 2016 hierhergekommen sind, in den Arbeitsmarkt integriert sind?

Wir haben dazu keine eigenen Prognosen. Aber wir gehen davon aus, dass uns das Thema noch viele Jahre beschäftigen wird.

Können sich bei Ihnen auch Betriebe informieren, die nicht zum Netzwerk gehören oder die kein IHK-Mitglied sind?

Ja, wir sind für alle Unternehmen da. In der Außenwirkung mag das manchmal untergehen, aber wir agieren branchenunabhängig.



Die Belastung bleibt hoch

Lohnstückkosten. Die deutsche Industrie muss im Vergleich zur internationalen Konkurrenz weiterhin mit einem deutlichen Kostennachteil zurechtkommen. In den Jahren seit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Lohnstückkosten in Deutschland sogar deutlich schneller gestiegen als im Ausland.

Nicht erst seit dem angekündigten Brexit ringt die EU um den richtigen Kurs. Dabei geht es auch um wirtschaftspolitische Differenzen. So muss sich Deutschland immer wieder den Vorwurf anhören, durch billige Exporte andere Euroländer im globalen Wettbewerb zu verdrängen und – wie zuletzt im November 2016 – einen Ausfuhrrekord nach dem anderen aufzustellen.

Doch von einer zu starken kostenbezogenen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die das Gros der Exportgüter liefert, kann keine Rede sein (Grafik):

Im internationalen Vergleich hatte das deutsche Verarbeitende Gewerbe 2015 die siebthöchsten Lohnstückkosten.

Zwar waren die Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität zum Beispiel in Großbritannien noch höher als hierzulande. Doch wichtige Konkurrenten außerhalb Europas fertigen günstiger – die USA unterschritten das deutsche Kostenniveau 2015 sogar um 27 Prozent.

Offensichtlich reicht der deutsche Produktivitätsvorsprung – international kommt die deutsche Industrie auf den achthöchsten Wert – nicht aus, um die sehr hohen Arbeitskosten wettzumachen (siehe iwd 30/2016).

Auch bei der Entwicklung der Lohnstückkosten steht Europas größte Volkswirtschaft keineswegs gut da:

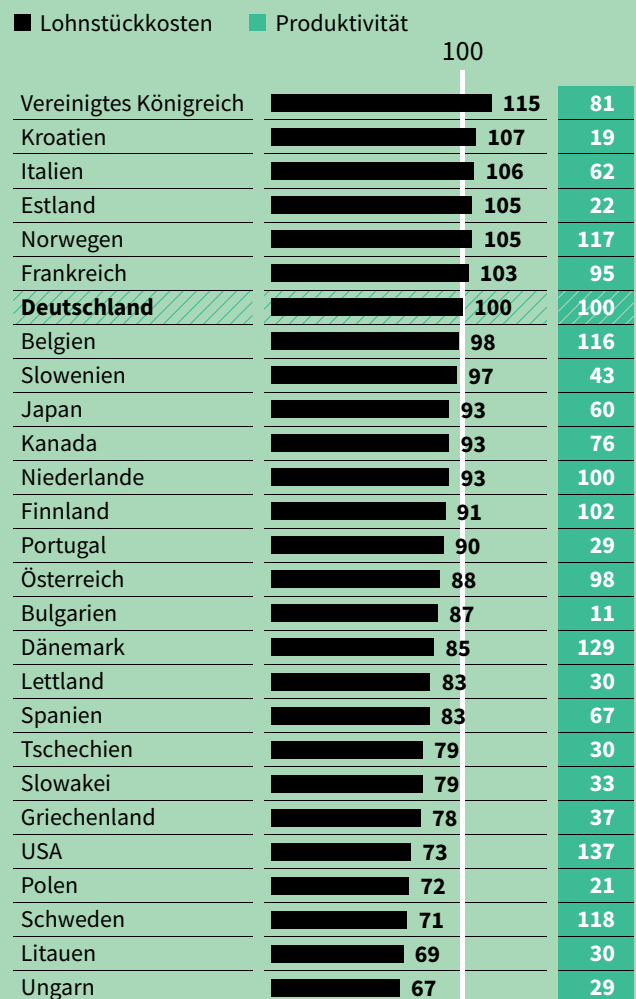
Von 2007 bis 2015 sind die Lohnstückkosten in Deutschland um 1,5 Prozent pro Jahr gestiegen – im Ausland dagegen nur um 0,8 Prozent.

Vor allem gegenüber den anderen Euroländern hat die deutsche Industrie daher an Kostenwettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Im Verhältnis zur Konkurrenz außerhalb des Euroraums kam Deutschland 2015 zwar etwas besser weg – allerdings nur aufgrund des schwachen Euro. Im Jahr 2016 blieb der Euro schwach, ohne aber eine zusätzliche Kostenentlastung zu bewirken.

Die Kritik an der deutschen Wettbewerbsposition ist also verfehlt. Gelingt es Deutschland aber ungeachtet

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2015, Deutschland = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro

Urspungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

des überdurchschnittlich hohen Kostenniveaus weiterhin, Erfolge auf den Exportmärkten einzufahren, dann stärkt dies sogar die Wirtschaft der anderen Euroländer. Denn wenn die deutschen Exporte um 10 Prozent zulegen, steigen einer IW-Untersuchung zufolge auch die Vorleistungslieferungen anderer EU-Länder nach Deutschland um 9 Prozent.

Aus IW-Trends 4/2016

Christoph Schröder: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich – Keine überzogene Lohnzurückhaltung in Deutschland

iwkoeln.de/lohnstueckkosten

Grundsolide Bauherren

Immobilien. Weil der Markt für Wohneigentum boomt, flackern in Deutschland immer wieder Ängste vor einer Immobilienblase auf. Dazu besteht aber genauso wenig Anlass wie für weitere Regulierungen des Immobilienmarktes – auch, weil die meisten Käufer finanziell grundsolide sind.

Die Erfahrungen mit den spekulativen Blasen in den USA und in Spanien zeigen, dass die Überhitzung der Wohnungsmärkte vor allem kreditfinanziert war. Ob diese Gefahr auch für den deutschen Immobilienmarkt besteht, lässt sich anhand von drei Faktoren überprüfen:

• **Immobilienpreise und Kreditvolumen:** Die realen Häuserpreise scheinen seit einigen Jahren durch die Decke zu gehen (Grafik):

Seit 2010 sind die Häuserpreise in Deutschland um 26 Prozent gestiegen – damit liegen sie aber lediglich auf dem gleichen Niveau wie zu Beginn der 1980er Jahre.

Auch von einer exzessiven Kreditvergabe ist die Bundesrepublik weit entfernt. Abzulesen ist das an dem Verhältnis zwischen den – im Grundbuch besicherten – Hypothekarkrediten und den Einkommen:

Die Hypothekarkredite sind zuletzt langsamer gestiegen als die Einkommen – der Verschuldungsgrad der Haushalte sinkt also eher.

• **Ausgestaltung der Kredite:** Eine spekulative Blase zeigt sich vor allem darin, dass die Haushalte Immobilien primär nicht zur privaten Nutzung kaufen, sondern auf kurzfristige Wertsteigerungen setzen. Und wer sein Haus schnell wieder verkauft, wählt meist kurze Zinsbindungen und niedrige Tilgungsraten. Die Bundesbürger dagegen sichern sich die historisch niedrigen Zinsen mit langen Laufzeiten und erhöhen gleichzeitig ihre Tilgungssätze.

• **Das Profil der Hauskäufer:** Die US-Immobilienkrise 2007 war eine Folge der massenhaften Kreditvergabe an Haushalte mit niedrigen Einkommen und unsicheren Jobs. Auch davon kann in Deutschland keine Rede sein. Denn von den Bundesbürgern, die zum Beispiel 2013 und 2014 vom Mieter zum Eigentümer geworden sind (Wechslerhaushalte), waren 65 Prozent beziehungsweise 55 Prozent voll erwerbstätig und die meisten davon gingen einer qualifizierten Tätigkeit nach oder hatten eine leitende Position inne – und verfügten somit über höhere Einkommen:

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Neu-Eigentümer 2013 und 2014 war um 17 beziehungsweise 11 Prozent höher als das der Gesamtbevölkerung.

Zudem waren in beiden Jahren je rund 20 Prozent der Wechslerhaushalte Rentner – und die haben meist weder finanzielle Sorgen, noch neigen sie zu Spekulationen.

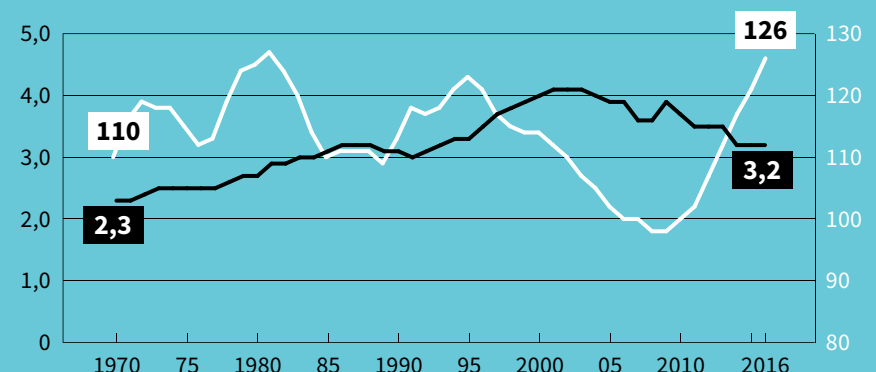
Aus IW-Trends 4/2016

Daniel Bendel, Michael Voigtländer:
Eine Risikoprüfung für die deutsche
Wohnimmobilienfinanzierung
iwkoeln.de/wohnmobilien

Immobilienmarkt Deutschland: Keine Blase in Sicht

Das Verhältnis der Hypothekarkredite zu den Einkommen (Bruttoinlandsprodukt) gibt Hinweise auf den Verschuldungsgrad der Haushalte. Die Entwicklung dieser Kennziffer seit dem Jahr 2000 zeigt: Zwar sind die Kredite gestiegen, aber langsamer als die Einkommen – der Verschuldungsgrad nimmt also eher ab.

- Verhältnis zwischen Hypothekarkreditvolumen und Bruttoinlandsprodukt
- Reale Hauspreise (rechte Achse; 2010 = 100)



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, OECD
© 2017 IW Medien / iwd

Unter der Matratze

Geldpolitik. Die Europäische Zentralbank flutet die Märkte seit Jahren mit Geld, um die Inflation anzukurbeln. Die althergebrachte Methode funktioniert jedoch nicht mehr. Einer der Gründe: Die EU-Bürger horten Bargeld.

Die Europäische Zentralbank (EZB) strebt für den Euroraum eine Inflation von knapp 2 Prozent an – aus gutem Grund: Liegt die allgemeine Teuerungsrate weit darüber, verlieren die Einkommen an Kaufkraft und es drohen Wohlstandseinbußen. Steigen die Preise deutlich weniger, drohen Deflation und Rezession.

Tatsächlich ist die Inflation seit dem Beginn der globalen Finanzkrise im September 2008 meist zu niedrig ausgefallen (Grafik):

Im Jahr 2015 lag die Preissteigerung in der Eurozone bei 0 und in Deutschland bei mickrigen 0,3 Prozent.

Zwar verzeichneten die Statistiker im Dezember 2016 einen Inflationssprung auf 1,1 Prozent im Euroraum und 1,7 Prozent in Deutschland. Ob dies jedoch eine Trendwende einleitet, bleibt abzuwarten.

Sind also die Nullzinsen und die milliarden schweren Anleihekaufprogramme der EZB wirkungslos verpufft?

Eigentlich sollten die niedrigen Zinsen den privaten Konsum und die Investitionen ankurbeln. Und durch den Ankauf von Staatsanleihen flutete die EZB die Märkte mit Euros (siehe iwd 31/2016). Dadurch wächst die Geldmenge M3 – sie umfasst den Bargeldumlauf, Kontoguthaben und kurzfristige Wertpapiere – seit 2015 wieder um mehr als die angepeilten 4,5 Prozent.

Allein: Die Preise reagierten nicht. Das hängt auch damit zusammen, dass die Bürger und Unternehmen der Euroländer immer mehr Bargeld horten – und dadurch prinzipiell die Kreditvergabe der Geschäftsbanken sowie die daraus resultierende Geldschöpfung limitieren:

Im Jahr 2015 lag knapp ein Zehntel der Geldmenge nicht auf Konten und Sparbüchern, sondern steckte in Portemonnaies oder schlummerte unter Matratzen.

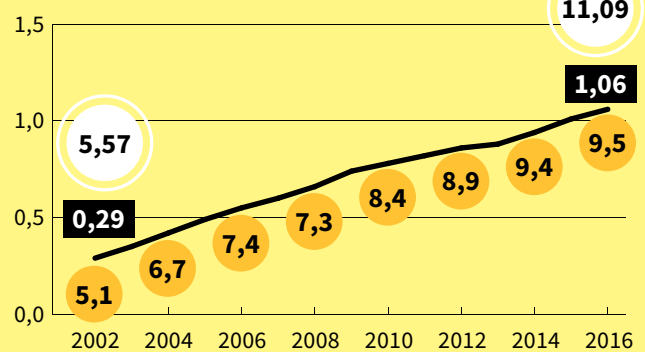
Bei der Einführung des Euro im Jahr 2002 war der Bargeldanteil lediglich halb so hoch.

Das Umschichten von längerfristigen Wertpapieren in jederzeit verfügbares Bargeld ist typisch für Krisensituationen. Haushalte und Unternehmen wollen schnell reagieren können. Insofern spiegelt die zunehmende Bargeldhaltung die Eskalation der europäischen Schuldenkrise wider.

Bares ist Wahres

Angaben für den Euroraum

- Bargeld in Billionen Euro
- in Prozent von M3
- Geldmenge M3 in Billionen Euro

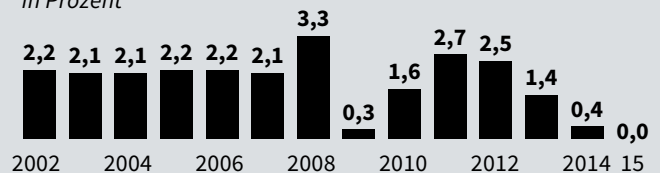


Jahresdurchschnitte; M3: Bargeld, Kontoguthaben und andere Formen der Geldanlage mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren; 2016: Januar bis Oktober

Ursprungsdaten: EZB

Inflation im Euroraum

Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Eurostat
© 2017 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der beste politische Ansatz, die Deflationstendenzen zu stoppen und der EZB die Abkehr von ihrer ultraexpansiven Geldpolitik zu ermöglichen, lautet demnach: Vertrauen bei den Marktakteuren schaffen und ökonomische sowie politische Stabilität herstellen.

IW Policy Paper 17/2016

Matthias Diermeier, Henry Goecke: Geldmenge und Inflation in Europa – Ist der Zusammenhang verloren?

iwkoeln.de/geldmenge

Weniger Chefs und Chefinnen

Selbstständige. Wenn die Konjunktur rundläuft und der Arbeitsmarkt boomt, sinkt die Zahl der Unternehmensgründungen – dieses Muster hat in Deutschland Tradition und ist auch derzeit wieder zu beobachten. Wer in die Tiefen der Statistik hinabsteigt, findet allerdings einige Unterschiede zwischen dem Gründungsverhalten von Frauen und Männern.

In Deutschland waren im Jahr 2014 laut dem Bonner Institut für Mittelstandsforschung knapp 4,2 Millionen Frauen und Männer selbstständig. Verglichen mit dem Jahr 2005 ist das zwar ein Plus von rund 110.000, gegen-

über dem Höchststand von gut 4,3 Millionen Selbstständigen im Jahr 2012 steht aber ein Minus von etwas mehr als 123.000 zu Buche.

Die Selbstständigenquote, also die Zahl der Selbstständigen bezogen auf alle Erwerbstätigen, ist ebenfalls leicht zurückgegangen. Im Jahr 2014 betrug die Quote 10,5 Prozent, 2005 waren es noch 11,2 Prozent. Das relative Minus kommt dadurch zustande, dass die Zahl der abhängig Beschäftigten in diesem Zeitraum stärker gestiegen ist als die Zahl der Selbstständigen.

Die wichtigste Erklärung für den Rückgang der Selbstständigenquote und zuletzt auch der Zahl der Selbstständigen mutet zunächst kurios an: Die Konjunktur in Deutschland läuft seit Jahren relativ rund und die Beschäftigung wächst seit den Agenda-2010-Reformen. Damit bietet der Arbeitsmarkt gute Alternativen.

In eher risikobereiten Ländern wie den USA oder Kanada wäre das für viele Menschen ein Signal, die Gelegenheit beim Schopf zu fassen und eine eigene Firma aufzumachen.

Nicht so in Deutschland: Hier sorgt der boomende Arbeitsmarkt eher dafür, dass die Gründungszahlen zurückgehen – seit 2005 fast ununterbrochen (Grafik):

Die Zahl der Unternehmensgründer hat sich von 2005 bis 2014 um 43 Prozent auf 241.000 verringert.

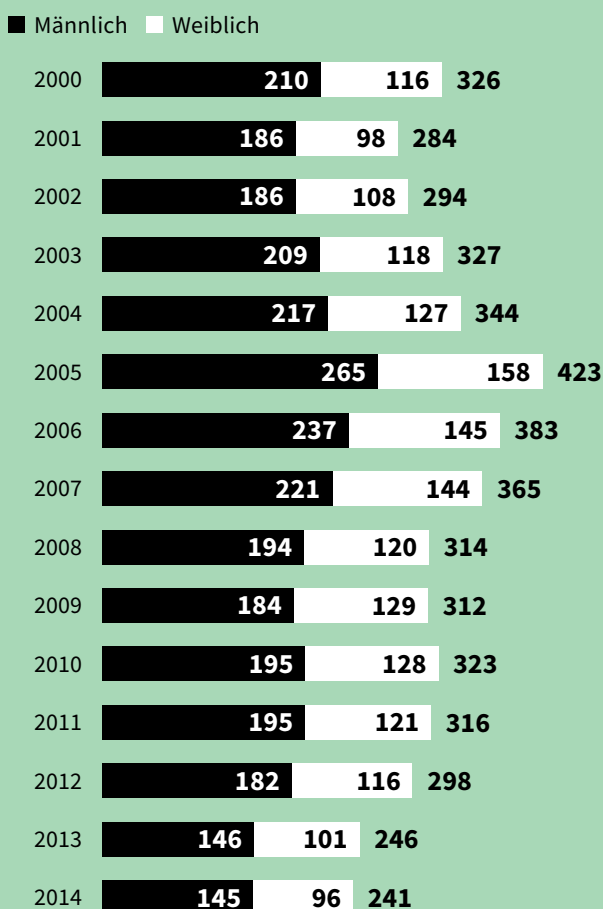
Der Rückgang betrifft vor allem die sogenannten „Gründer aus Not“ – das sind jene Menschen, die aus verschiedenen Gründen auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen erwarten und deshalb ihr Glück in der Selbstständigkeit versuchen.

Auffällig ist aber auch, dass das Minus bei den männlichen Gründern mit 45 Prozent noch stärker ausgefallen ist als bei den Frauen mit 39 Prozent. Damit ist der Anteil der weiblichen Unternehmensgründer in diesem Zeitraum von gut 37 Prozent auf fast 40 Prozent gestiegen.

Die Selbstständigkeit nach Branchen und der Arbeitsumfang zeigen einen ausgeprägten geschlechtstypischen Befund: Von den sogenannten Selbst-

Weniger Gründungselan in Deutschland

Unternehmensgründer in 1.000



Gründer: ohne jene, die ein Unternehmen nur im Nebenerwerb betreiben

Quellen: Institut für Mittelstandsforschung Bonn,
Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

ständigen im Haupterwerb, das sind jene, die ihrer Tätigkeit in Vollzeit nachgehen, waren 2014 im Durchschnitt rund 26 Prozent Frauen.

Dieser Anteil ist allerdings in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich hoch. Während im Produzierenden Gewerbe nur 7 Prozent aller Selbstständigen weiblich sind, stellen Frauen im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr gut 24 Prozent aller Selbstständigen und bei den sonstigen Dienstleistungen fast 37 Prozent – dazu zählen zum Beispiel Übersetzungsbüros, Reinigungsdienste oder ambulante soziale Dienste.

Der sogenannte Zuerwerb, also die Selbstständigkeit in Teilzeit, ohne dass noch ein anderer Beruf ausgeübt wird, ist zwar eine Frauendomäne. Mit knapp 60 Prozent liegt der Frauenanteil in diesem Segment allerdings deutlich niedriger als bei allen Teilzeitbeschäftigten, die im Jahr 2014 auf eine Frauenquote von etwas mehr als 80 Prozent kamen.

Bei Teilzeittätigkeiten spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf offenbar eine wichtige Rolle. Zwar ist der Anteil derjenigen, die aufgrund von persönlichen oder familiären Verpflichtungen Teilzeit arbeiten, mit 38 Prozent bei den selbstständigen Frauen im Zuerwerb etwas niedriger als bei allen abhängig beschäftigten Frauen in Teilzeit (47 Prozent). Doch das dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass die zeitliche Flexibilität bei Selbstständigen größer ist oder dass viele Frauen erst zum Ende der Familienphase ein Unternehmen gründen.

Ein Vergleich der Mitarbeiterzahlen zeigt zudem, dass Frauen im Durchschnitt häufiger als Männer Unterneh-

men ohne weitere Beschäftigte führen, also Solo-Selbstständige sind.

Doch ein Trend lässt aufhorchen: Immer mehr Frauen stellen heute schon bei der Gründung ihres Unternehmens Mitarbeiter ein (Grafik):

Im Jahr 2011 lag der Anteil der Frauen, die sich im Haupterwerb selbstständig machten und Mitarbeiter einstellten, bei gut 23 Prozent – im Jahr 2014 waren es schon mehr als 33 Prozent.

Da der Anteil der selbstständigen Männer mit Beschäftigten im gleichen Zeitraum nur um rund 3 Prozentpunkte auf knapp 31 Prozent zugelegt hat, haben die Frauen inzwischen die Nase vorn.

Noch immer hat zwar die Mehrheit der Haupterwerbsgründer zumindest am Anfang keine Mitarbeiter. Ihr Anteil ist aber von 2011 bis 2014 um gut 5 Prozentpunkte auf knapp 69 Prozent gesunken.

Der Rückgang der Unternehmensgründungen betrifft also vor allem die Solo-Selbstständigen. Dieser Befund korrespondiert mit der sinkenden Bedeutung der „Notgründer“ und bestätigt damit die Umfrageergebnisse des Global Entrepreneurship Monitor für Deutschland (siehe iwd 5/2016).

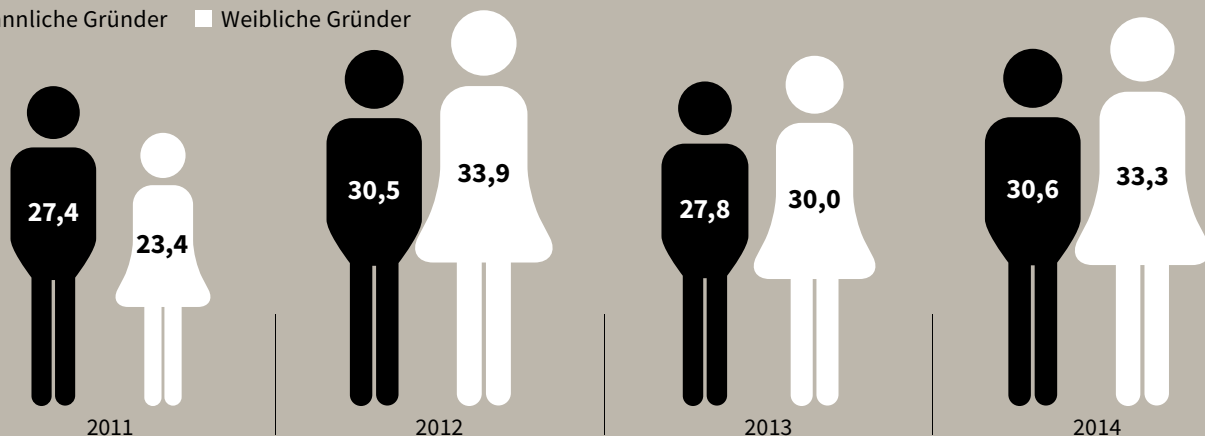
Die gesunkene Arbeitslosigkeit allein kann die schwache Gründungsneigung aber nicht erklären. Vielmehr müssen Gründer in Deutschland zum Teil auch hohe bürokratische Hürden überwinden.

Zudem haben große Teile der Bevölkerung offenbar beträchtliche Ängste, ein Gewerbe anzumelden, und scheuen das unternehmerische Risiko – sie bevorzugen deshalb ein Leben als Arbeiter oder Angestellter.

Unternehmensgründer schaffen Jobs

So viel Prozent der Unternehmensgründer im Haupterwerb hatten im Jahr der Gründung mindestens einen Mitarbeiter

■ Männliche Gründer ■ Weibliche Gründer



Mit Streiklust gegen Mitgliederschwund

ver.di. 15 Jahre nach der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft fällt die Bilanz gemischt aus. Die Mitgliederzahl von ver.di ging um gut ein Viertel zurück, die Finanzen sind wieder auf dem aufsteigenden Ast – auch dank höherer Lohnabschlüsse.

Von 2001 bis 2005 entfielen in Deutschland 94 Prozent aller streikbedingt ausgefallenen Arbeitstage auf die Industrie, der kleine Rest von 6 Prozent ging vom Dienstleistungssektor aus. Dienstleister haben damals also kaum gestreikt.

Doch diese Zeiten sind lange vorbei: Zwischen 2011 und 2015 gingen 95 Prozent der Ausfalltage auf das Konto der Serviceleistenden.

Dahinter steckt eine Zäsur in der Gewerkschaftslandschaft. Der Zusammenschluss von Deutscher Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Deutscher Postgewerkschaft (DPG), Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), IG Medien sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im März 2001 war die größte aller Gewerkschaftsfusionen in Deutschland. Über 1.000 Berufe mussten auf 13 verschiedene Fachbereiche verteilt werden. Damals löste ver.di die IG Metall als größte deutsche Einzelgewerkschaft ab.

Als Sparmaßnahme funktionierte die Fusion: Die Anzahl der hauptamtlichen Gewerkschaftsmitarbeiter hat sich von 4.500 im Gründungsjahr auf heute etwa 3.000 verringert. Andere Rechnungen sind nicht aufgegangen.

Die Mitgliederzahl schrumpfte in den Anfangsjahren der Multibranchengewerkschaft rapide (Grafik Seite 11):

Von 2001 bis 2007 verlor ver.di im Schnitt jedes Jahr etwa 100.000 Anhänger.

Schnell war das Sprachrohr der Dienstleister nur noch die Nummer

zwei der hiesigen Großgewerkschaften. Die Talfahrt der Mitgliederzahl hält bis heute an – hat sich aber deutlich verlangsamt. Zwischen 2007 und 2015 verringerte sich die Zahl jährlich nur noch um rund 21.000.

Das Ausdünnen des Gewerkschaftslagers blieb nicht ohne Folgen

ver.di: Von zahm bis zänkisch

Durchschnittliche Intensität aller Tarifkonflikte von 2001 bis 2015 in ausgewählten ver.di-Tarifbereichen

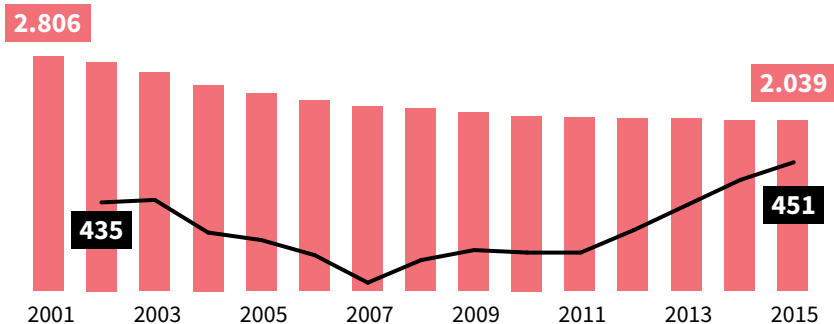
	Maximale Eskalationsstufe	Konfliktintensität in Punkten	Verhandlungsdauer in Monaten
Einzelhandel	5,0	18,4	7,0
Öffentlicher Dienst	4,6	21,3	5,3
Deutsche Telekom und T-Systems	4,4	17,3	3,6
Druckindustrie	4,0	16,1	6,6
Deutsche Post	3,1	15,1	2,2
Privates Bankgewerbe	2,4	8,0	5,5
Deutsche Lufthansa	2,3	7,9	4,8

Öffentlicher Dienst: Tarifgemeinschaft von ver.di mit Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dbb Tarifunion; Eskalationsstufen: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streikdrohung, 2 = Verhandlungsabbruch, 3 = Streikaufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern mit anschließender Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern mit anschließender Urabstimmung oder Streik, 7 = Streik und Aussperrung
Konfliktintensität: Summe aller in einem Tarifkonflikt genutzten Eskalationsstufen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

ver.di: Weniger Mitglieder, mehr Beiträge

■ Mitglieder in 1.000
■ Beitragsaufkommen in Millionen Euro



ver.di: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, gegründet im Jahr 2001 aus fünf Einzelgewerkschaften, erstes Rechnungsjahr war 2002

Quelle: ver.di
© 2017 IW Medien / iwd

i7 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

für die Tarifbindung, in einigen Branchen ging sie deutlich zurück:

Im westdeutschen Handel

sackte der Anteil der tarifgebundenen Arbeitnehmer in der ver.di-Zeit von 69 auf 42 Prozent ab.

Im westdeutschen Banken- und Versicherungsgewerbe sank die Tarifbindung seit 2002 von 93 auf 80 Prozent der Beschäftigten.

Im Bereich Gesundheit, Erziehung und Unterricht fiel der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder von 2010 bis 2015 um 6 Prozentpunkte auf 60 Prozent.

Nur im öffentlichen Dienst blieb die Tarifbindung stabil bei mindestens 95 Prozent.

Anfangs schlug der Mitgliederschwund deutlich auf die Finanzen von ver.di durch:

Die Beitragseinnahmen sanken von 2002 bis 2007 um gut 30 Millionen auf 403 Millionen Euro.

Erstaunlicherweise gelang jedoch 2008 die finanzielle Trendwende – trotz der weiter schrumpfenden Anhängerschaft. Von 2012 an ist das Beitragsaufkommen sogar kräftig gestiegen – auf zuletzt 451 Millionen Euro. Für diesen Erfolg waren zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen ist der Anteil der Erwerbstätigen an den ver.di-Mitgliedern

gestiegen und die aktiven Mitglieder zahlen höhere Beiträge als Rentner oder Arbeitslose. Zum anderen konnte ver.di ab 2008 höhere Lohnabschlüsse durchsetzen.

Grund dafür ist eine wohlkalkulierte – und aus ver.di-Sicht mehr als dringend gebotene – Änderung des tarifpolitischen Kurses. Sichtbar wurde die expansiver angelegte Lohnpolitik zuerst im öffentlichen Dienst. Mit Beginn der Tarifrunde 2008 forderte ver.di eine Entgelterhöhung von 8 Prozent in einem Jahr. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, rief die Gewerkschaft erstmals nicht nur zu stundenweisen, sondern zu ganztägigen Warnstreiks auf. Am Ende wurde es ein Lohnplus von 8 Prozent verteilt über zwei Jahre – der Grundstein für die lohnpolitische Trendwende war gelegt:

Von 2000 bis 2007 blieben die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst mit 7,5 Prozent noch deutlich hinter dem Plus von 12,4 Prozent in der Gesamtwirtschaft zurück. Zwischen 2008 und 2015 aber hatten die Staatsdiener mit 22,9 zu 20,4 Prozent die Nase vorn.

Ein Indiz für die gestiegene Konfliktfreudigkeit ist auch der sogenannte Häuserkampf um Amazon:

Seit 2013 versuchen streikende Verdianer, dem Unternehmen einen Haustarifvertrag abzurufen. Dieser hartnäckige Kampf ist für ver.di auch ein Mittel, Mitglieder zu gewinnen und die Streikfähigkeit zu steigern.

In anderen Dienstleistungsbranchen standen auf Drängen der Arbeitgeber häufig Manteltarifthemen im Fokus, also Arbeitsbedingungen wie Zuschlagsregelungen oder Samstagsarbeit. Im Einzelhandel wurde zudem lange und ergebnislos über eine Reform der Entgeltsstruktur verhandelt.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) misst die Spannungen in Tarifkonflikten auf einer Skala von 0 für reguläre Verhandlungen bis 7 für Streiks und Aussperrungen. Demnach schaukelte sich der Einzelhandel von 2001 bis 2016 im Schnitt auf Stufe 5 hoch, der öffentliche Dienst bis auf 4,6 (Grafik Seite 10).

Wenn sich die Tarifverhandlungen lange hinziehen, wiederholen sich die verschiedenen Konflikthandlungen wie Streikdrohungen oder Warnstreiks. Summiert man sie, ergibt sich die Konfliktintensität. Auch hier liegen öffentlicher Dienst und Einzelhandel vorn.

Dass es künftig friedlicher zugeht, ist unwahrscheinlich. Denn eine der größten Herausforderungen für ver.di-Chef Frank Bsirske wird es sein, die Bildung weiterer Spartengewerkschaften zu verhindern – die machen ihm schon heute Schwierigkeiten. Also wird ver.di wohl auch künftig für einzelne Berufsgruppen – wie zuletzt für die Erzieherinnen – zusätzliche Forderungen anstreben.

Aus IW-Trends 4/2016

Hagen Lesch: Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – Tarifpolitische Entwicklungen und Herausforderungen
iwkoeln.de/verdi

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

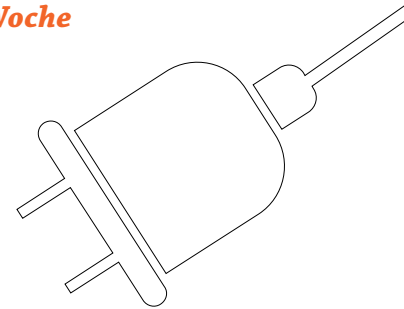
Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Statussymbol Küche

Lackfront statt Ledersitz, Multidampfgarer statt Multifunktionslenkrad: Die Deutschen haben ein neues Statussymbol und das ist nicht mehr das Auto – sondern die Küche. Genauer gesagt: die offene Wohnküche. Denn was früher gerne auf acht Quadratmetern zusammengepfercht wurde, steht heute oft inmitten einer großzügigen Wohnzimmerlandschaft. Das mag auch ein Grund dafür sein, warum viele Küchenkäufer in jüngster Zeit viel Geld in Dunstabzugshauben investieren – wer will schon den -„Tatort“ umwölkt von Sauerkrautmief verfolgen? Rund 1,6 Millionen Küchen wurden 2015 laut dem Marktforschungsunternehmen GfK in Deutschland verkauft. Die neuesten Trends – wie etwa per WLAN gesteuerte Kochfelder – werden noch bis zum 22. Januar auf der „LivingKitchen“ in Köln präsentiert, einer eigenständigen Messe, die 2011 aus der Internationalen Möbelmesse hervorgegangen ist.

Zahl der Woche



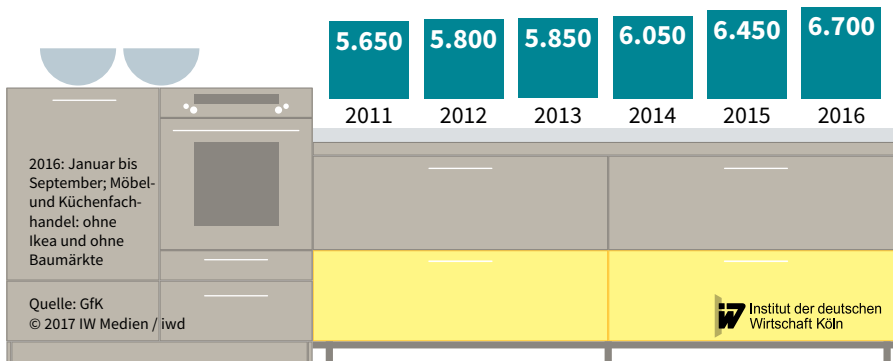
17

Milliarden Euro

werden nach Angaben der Netzbetreiber jene vier neuen Hochspannungstrassen kosten, die im großen Stil Gleichstrom größtenteils unterirdisch von Norddeutschland Richtung Süden transportieren sollen. Die Baukosten für diese Leitungen, die 2025 in Betrieb gehen sollen, tragen die Stromverbraucher: Die Investitionen werden auf die Netzentgelte umgelegt.

Küchenkauf: Darf`s ein bisschen mehr sein?

Durchschnittspreise der vom Möbel- und Küchenfachhandel verkauften Küchen in Deutschland in Euro



2016: Januar bis September; Möbel- und Küchenfachhandel: ohne Ikea und ohne Baumärkte

Quelle: GfK
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der iwd – jetzt auch auf XING und Facebook

Zum Start ins Jahr 2017 hat der iwd sein Social-Media-Angebot erweitert. Sie finden die neuesten Artikel nun auch auf unserer Facebook-Seite iwd. Außerdem können Sie auf der Online-Plattform XING unsere News-Seite abonnieren, um immer bestens informiert zu sein. Alle Texte und Grafiken sowie zusätzliche Inhalte gibt es natürlich weiterhin auf iwd.de und über unseren Twitter-Account @iwd_de.

